Deutscher Bundestag **Drucksache 19/5859**

19. Wahlperiode 16.11.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch, Heidrun Bluhm, Victor Perli, Doris Achelwilm, Gökay Akbulut, Simone Barrientos, Lorenz Gösta Beutin, Matthias W. Birkwald, Michel Brandt, Christine Buchholz, Birke Bull-Bischoff, Jörg Cezanne, Sevim Dağdelen, Fabio De Masi, Dr. Diether Dehm, Anke Domscheit-Berg, Klaus Ernst, Susanne Ferschl, Brigitte Freihold, Sylvia Gabelmann, Nicole Gohlke, Dr. Gregor Gysi, Dr. André Hahn, Heike Hänsel, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jan Korte, Jutta Krellmann, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Stefan Liebich, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Amira Mohamed Ali, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Norbert Müller, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Petra Pau, Sören Pellmann, Tobias Pflüger, Ingrid Remmers, Martina Renner, Bernd Riexinger, Eva-Maria Schreiber, Dr. Petra Sitte, Helin Evrim Sommer, Kersten Steinke, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann, Jessica Tatti, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Andreas Wagner, Harald Weinberg, Katrin Werner, Hubertus Zdebel, Sabine Zimmermann, Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 19/3400, 19/3402, 19/4624, 19/4625, 19/4626 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auch der Bundeshaushalt für das Jahr 2019 verweigert sich des notwendigen Ausgleichs von Vermögens- und Einkommensunterschieden in Deutschland. Mit dem Verzicht auf eine angemessene Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens verhindern CDU/CSU und SPD dringend notwendige und nachhaltige Investitionen in soziale Sicherung, Infrastruktur, Bildung und Forschung.

Zum Schaden der Bevölkerungsmehrheit schreiben sie Ungerechtigkeit und Ungleichverteilung fort. Es ist ein Haushalt der sozialen Ungerechtigkeit. Erneut wird auf eine gerechte Steuerreform verzichtet, Investitions- und Infrastrukturpolitik werden nicht am gesellschaftlichen Bedarf orientiert. Stattdessen sollen die Ausgaben für Militär und Rüstung immer weiter steigen. Globaler Frieden und globale Gerechtigkeit brauchen jedoch mehr zivile Prävention und nicht mehr Militär.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die Spaltung wird sichtbarer. Während manche Regionen veröden, schießen in anderen die Luxusvillen aus dem Boden. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt inzwischen ein Drittel des gesamten Vermögens. Die untere Hälfte der Gesellschaft – also jeder Zweite – besitzt fast nichts. Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit oder ihrer Rente nicht mehr würdevoll leben. Selbst Vollzeitarbeit zum gegenwärtigen gesetzlichen Mindestlohn macht arm und führt auch nach 45 Rentenbeitragsjahren in die Altersarmut.

Die Politik von Koalition und Bundesregierung hat die AfD in den Bundestag gebracht. Die AfD gehört zum neoliberalen Parteienkartell, fordert weitere Rentenkürzungen, höhere Rüstungsausgaben und will Vermögens- und Erbschaftssteuern gleich ganz abschaffen. Sie will keine sozialen Verbesserungen gegen die Reichen und Mächtigen durchsetzen, sondern die Menschen im Kampf um Arbeitsplätze, Wohnungen oder Sozialleistungen gegeneinander ausspielen. Die AfD ist das Produkt neoliberaler Politik, die im Interesse einflussreicher Wirtschaftslobbys den sozialen Zerfall der Gesellschaft vorangetrieben und so viele Menschen von der Demokratie enttäuscht hat. Das Ergebnis sind Ohnmachtsgefühle, Frust und Wut auf die etablierten Parteien. Die AfD erntet, wo die Neoliberalen gesät haben. Ihr kann nur durch eine andere Politik, die den Sozialstaat wieder aufbaut und so Unsicherheit und Ängste überwindet, die Grundlage entzogen werden.

Die Dauerkrise der Währungsunion erwächst auch aus dem hohen Handelsungleichgewicht zwischen ihren Mitgliedsländern. In Deutschland wird viel mehr produziert, als hier verbraucht wird – der Überschuss wird ans Ausland verkauft und durch Einfuhren bei weitem nicht ausgeglichen. Dieses Ungleichgewicht treibt andere Volkswirtschaften in die Verschuldung und gefährdet den europäischen Integrationsprozess.

Gerade für die Kommunen rächt sich die verfehlte Politik der verschiedenen Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte. Denn die Finanzausstattung der Kommunen ist völlig unzureichend, um die Entwicklung der Ausgaben in ihrem Aufgabenbereich abzudecken. Die Folge sind vielerorts Investitionsstau, Mängel in der Infrastruktur und in diesem Zusammenhang auch eine Überforderung bei der Integration von Geflüchteten. Deutschland lebt schon lange von der Substanz. Die staatlichen Nettoinvestitionen sind negativ, das heißt, es wird weniger investiert als an bestehender Infrastruktur abgeschrieben wird. Notwendig sind Investitionen in die kommunale Infrastruktur (sozialer Wohnungsbau, Städtebauförderung) im Rahmen eines Zukunftsprogramms sowie die Übernahme der Kosten für soziale Aufgaben (Asylbewerberleistungsgesetz, Kosten der Unterkunft nach SGB II) durch den Bund.

Steigende Mieten und die Angst, ihre Wohnung zu verlieren, gehört für viele Menschen zum Alltag. Steuerliche Subventionen oder ein Baukindergeld als neue Eigenheimzulage schaffen jedoch nicht die dringend benötigten bezahlbaren Wohnungen für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen. Dort eingesparte Mittel sollen in ein öffentliches Wohnungsbauprogramm investiert werden, um für den dringend nötigen bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Durch einen Neustart im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau und durch ein Investitionsprogramm für den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau können jährlich bis zu 380.000 Wohnungen in einem nicht profitorientierten Wohnungssektor entstehen. Gleichzeitig müssen Mieterinnen und Mieter durch ein soziales Mietrecht sowie durch Wohngeld in angemessener Höhe besser geschützt werden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

DIE LINKE fordert, dass endlich eine wirkliche Bekämpfung der Fluchtursachen stattfindet. Nicht im zynischen Sinne der Bundesregierung, die die Auslandseinsätze der Bundeswehr als Fluchtursachenbekämpfung deklariert, sondern im humanistischen Sinne eines Stopps der Beteiligung an Kriegen, eines Verzichts auf Waffenlieferungen und eines vollen diplomatischen Einsatzes für die gewaltfreie Lösung internationaler Konflikten. Insbesondere muss endlich die selbst auferlegte Verpflichtung erfüllt werden, dauerhaft 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen sowie eine deutliche Aufstockung des deutschen Beitrags für das Welternährungsprogramm vorzunehmen.

Die Bundesregierung bewegt sich nur soweit, wie sie von außen bewegt wird. Sie legt einen Haushaltsentwurf vor, der das Land verwalten will und sich einer Zukunftsorientierung verweigert. DIE LINKE will eine Haushaltspolitik der Erneuerung, sie will Armut und Unfreiheit bekämpfen, indem die wachsende Ungleichverteilung des privaten Vermögens überwunden und so gesellschaftliche Freiheit aller erreicht wird. Mit einer gerechteren Steuerpolitik sollen für den Bund, Länder und Kommunen erhebliche Mehreinnahmen erschlossen werden.

DIE LINKE fordert massive gesellschaftliche Veränderungen ein. DIE LINKE will Deutschland sozialer, offener, besser gebildet, investiver und friedfertiger machen. Dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur, soziale Sicherung, Bildung und Forschung sind wichtiger als die schwarze Null.

Wer ein zukunftsfähiges Deutschland will, muss mehr Soziales wagen, Bildungs- und Investitionspolitik befördern. Politik muss dazu beitragen, die Würde aller Menschen zu achten und Angst durch Mut zu überwinden.

1. CDU/CSU und SPD setzen mit der Umverteilung von unten nach oben die Politik ihrer Vorgängerregierungen entschlossen fort und vertiefen die Spaltung des Landes. Koalition und Bundesregierung höhlen die Einnahmebasis des Staates gezielt aus, um mit dem Einsatz des Druckmittels Schuldenbremse einen angeblichen Sachzwang für Sozialabbau zu schaffen. Die Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte haben die Steuern für Unternehmen und Besserverdienende fortlaufend gesenkt, gleichzeitig über Mehrwertsteuererhöhungen die Belastungen für Normal- und Geringverdienerinnen und -verdiener erhöht. Dadurch werden nicht nur die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geschädigt, sondern auch die Wettbewerbsposition mittelständischer Unternehmen, die sich an dieser Steuervermeidung nicht beteiligen. Große Koalition und Bundesregierung wollen die Vermögensteuer auch künftig nicht erheben lassen und die Erbschaftsteuer nicht erhöhen. Privilegien reicher Menschen in Deutschland sollen auch künftig nicht angetastet, die Ungleichverteilung fortgeschrieben werden. Bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuervermeidung, unfairem Steuerwettbewerb und Geldwäsche sowie der Einführung einer Finanztransaktionssteuer bleibt es bei Lippenbekenntnissen. Umverteilt wird zu Lasten der Arbeitenden, Arbeitslosen, Kinder, Kranken, Rentnerinnen und Rentner. Der Haushaltsentwurf enthält keine Mittel zur Rentenangleichung Ost an West und ignoriert die stark steigende Zahl von Armutsrentnerinnen und Armutsrentnern.
2. Die Niedriglohnpolitik hat Deutschland als Sieger aus dem europäischen Sozialabbauwettbewerb hervorgehen lassen. Während Bundesregierung und Koalition die vermeintlichen Erfolge ihrer exportierten Kaputtsparpolitik feiern, leidet die Bevölkerung der Krisenstaaten. Das in Deutschland gescheiterte Hartz IV-System wird als Spardiktat für Europa eingesetzt. Die europäische Finanzkrise wird von Bundesregierung und Koalition benutzt, um den Krisenstaaten einen angeblichen Mangel an Haushaltsdisziplin vorzuwerfen und ihnen als Rezept den Abbau von Sozialleistungen zu verschreiben. Anstatt den Zockern und Finanzjong-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

leuren mit einer wirksamen Finanztransaktionssteuer und dem Verbot von Finanzinstrumenten Grenzen zu setzen, haben sich die gegenwärtige Bundesregierung und die Vorgänger-Regierungen von der Finanzlobby einwickeln lassen und diese aus ihrer Verantwortung für eine der größten Krisen der vergangenen Jahrzehnte entlassen. Bisher wurde nur Zeit gekauft. Koalition und Bundesregierung bedienen weiterhin die Interessen der Finanzbranche und organisieren die Vergesellschaftung ihrer Milliardenverluste. Der Bankensektor muss auf seine Kernfunktionen Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung und Finanzierung zurückgeführt und entsprechend geschrumpft werden, damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht immer wieder aufs Neue erpresst werden können. Notwendig ist eine für alle Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbare und bundesweit angebotene Finanz- und Schuldnerberatung. Das deutsche Lohndumping muss beendet, der gesetzliche Mindestlohn darf nicht unterlaufen, die Inlandsnachfrage muss gestärkt, dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegengewirkt werden. Die Geschlechterdiskriminierung in der Arbeitswelt muss entschlossen bekämpft und frauentypische Tätigkeiten wie in den Sozial- und Erziehungsdiensten endlich aufgewertet werden.

3. Während sich die Wirtschaftsexpertinnen und -experten einig sind, dass es zu investieren und nicht nur zu sparen gilt, hält die Bundesregierung an der schwarzen Null als Selbstzweck fest. Die öffentliche Infrastruktur verfällt – die Investitionen reichen nicht einmal für den Erhalt der öffentlichen Bauten und Verkehrsnetze, die Energiewende als ein Kernprojekt der ökologischen Erneuerung droht unter die Räder zu kommen. Über sogenannte öffentlich-private Partnerschaften organisieren Bundesregierung und Koalition überteuerte private Finanzierung von Infrastrukturprojekten, um Banken, Versicherungen, Hedgefonds und Konzernen über viele Jahre hinweg hohe Gewinne zu verschaffen – auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die Schuldenbremse wurde auch eingeführt, um sogenannte öffentlich-private Partnerschaften zu fördern – denn die Schuldenbremse bezieht sich nur auf die Kernhaushalte und rechtlich unselbstständige Einheiten. Die den Bundesländern aufgezwungene Infrastrukturgesellschaft des Bundes für die Autobahnen ist der Einstieg in eine neue Dimension der Privatisierung öffentlicher Infrastruktur. Große Fonds kassieren Gewinne, Steuerbürgerinnen und -bürger zahlen für Verluste.

   Bundesregierung und Koalition bereiten durch das von ihnen immer noch angestrebte Freihandelsabkommen zu Gunsten von Großinvestoren die weitere Schleifung von sozialer Verantwortung, Umweltschutz, Kündigungsschutz, Verbraucherschutz und Datenschutz vor. Statt öffentliche Unternehmen zu privatisieren und öffentliche Ausgaben zu kürzen, bedarf es öffentlicher Investitionen in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche. Es besteht ein großer Investitionsstau beim öffentlichen Verkehr, bei der Energie- und Wasserversorgung, im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Pflege und Kinderbetreuung, bei Bildung und Kultur. Großer Investitionsstau besteht auch beim sozialen Wohnungsneubau, bei der energetischen Gebäudesanierung sowie der barrierefreien Umgestaltung von Wohnungen und dem Wohnumfeld.

   Der Schutz von Gewalt betroffener Frauen und Kinder muss dringend besser finanziert werden. DIE LINKE fordert ein europaweites Zukunftsprogramm, gerichtet auf den Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur und sozialer Sicherung, auf den sozial-ökologischen Umbau der Industrie, auf die Unterstützung der Energiewende in Richtung regenerativer Energien und mit Schwerpunkten in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheit sowie Pflege. Zu finanzieren ist dieses Programm über eine EU-weit koordinierte Erhöhung der Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen sowie durch den Abbau klimaschädigender Fehlsubventionen. Notwendig ist dafür auch eine Koordination von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

4. Der massive Rechtsruck in Deutschland und die bedrohliche Zunahme von Rassismus und Ausgrenzung müssen Konsequenzen auch für den Bundeshaushalt haben. Die Notwendigkeit einer dauerhaften und ausreichenden finanziellen Absicherung der Bundesprogramme gegen Rassismus und Rechtsextremismus gehört zu den dringlichen Aufgaben staatlicher Politik. Die seit vielen Jahren professionell und erfolgreich in den Bundesländern arbeitenden Projekte brauchen endlich eine dauerhaft gesicherte Finanzierung.
5. Dem Militäretat wird für 2019 und die Folgejahre ein entfesselter Aufwuchs zugesagt. Bundesregierung und Koalition wollen die Truppen näher an Russland rücken, ein riesiges Gefechtsübungszentrum nördlich von Magdeburg aufbauen und Rüstungsvorhaben freien Lauf lassen. Das ist der Weg in eine neue Form des kalten Krieges. DIE LINKE steht für eine Politik der Abrüstung und der zivilen Konfliktprävention. Im Militäretat sollen 2019 6 Mrd. Euro eingespart und ein Teil davon in einen Konversionsfonds des Bundes eingestellt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. ein Zukunftsprogramm aufzulegen, das zur Integration der Benachteiligten in Deutschland und der zu uns Geflüchteten gleichermaßen beiträgt;
2. Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine gute und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik sowie die Einführung einer sozialen, sanktionsfreien Mindestsicherung zu überwinden sowie Minijobs in die Sozialversicherungspflicht zu überführen. Ab 2019 ist von einem SGB II-Regelsatz in Höhe von 582 Euro monatlich auszugehen;
3. die Rüstungsausgaben endlich deutlich zu senken, auf neue Rüstungsprojekte zu verzichten, Waffenexporte drastisch einzuschränken sowie sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden. Die frei werdenden Gelder werden für soziale und bildungspolitische Projekte, die Entwicklungszusammenarbeit und einen Konversionsfonds genutzt;
4. Umverteilungen sind im Bundeshaushalt für 2019 für folgende Vorhaben umzusetzen (angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf):

   Zukunftsprogramm

13,1 Mrd. €	BAföG für Studierende, Schülerinnen und Schüler
10 Mrd. €	für ein öffentliches Wohnungsbauprogramm, davon 5 Mrd. € für den sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau, 4 Mrd. € für Zuschüsse an kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften oder andere gemeinwohlorientierte Träger sowie 1 Mrd. € für einen Rekommunalisierungs- und Bodenfonds
3,3 Mrd. €	für den Hochschulpakt
3 Mrd. €	Verlängerung des Elterngeldbezuges auf 24 Monate, Erhöhung des Mindestelterngeldes auf 400 €
2,5 Mrd. €	für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern
2 Mrd. €	für eine bundesweit flächendeckende beitragsfreie Verpflegung in Schulen und Kindertageseinrichtungen
1,266 Mrd. €	für Zuweisungen an die Bundesländer zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Städtebauförderung)
500 Mio. €	für nichtkommerzielle Pharmaforschung
402,8 Mio. €	für höheres Wohngeld einschließlich Heizkosten

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

400 Mio. €	als Anschub für die Umsetzung der reformierten Pflegeausbildung, insbesondere für die Qualifizierung von Lehrkräften, Ausbilderinnen und Ausbildern
354,3 Mio. €	für ein gutes und ausreichendes Integrationskursangebot, für die Förderung von Integrationsprojekten und die Migrationsberatung
280 Mio. €	für die Sprachförderung von Flüchtlingen
200 Mio. €	für Aufbau kommunaler Behandlungseinrichtungen zur Sicherung der ambulanten Versorgung
60 Mio. €	für ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern für die frühkindliche Bildung
40 Mio. €	für den kostenlosen Eintritt in die Dauerausstellungen der Staatlichen Museen zu Berlin
15 Mio. €	für besseren Umweltschutz (Partikelfilter)
15 Mio. €	für eine bundesweite Finanz- und Schuldnerberatung
6,7 Mio. €	für die Schaffung eines Sonderprogramms zur „Digitalisierung des Filmerbes“
2,75 Mio. €	für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes
2,1 Mio. €	für die Erforschung medizinischer Anwendungen von Cannabis, für die Evaluation des Betäubungsmittelrechts und für Drugchecking

Soziale Ausgrenzung überwinden und Arbeitslosigkeit bekämpfen

21,125 Mrd. €	Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II und im Alter auf 582 € pro Monat, Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge im SGB II zur vollständigen Finanzierung des Zahnersatzes, Anhebung der Pflegeversicherungsbeiträge für 7500 zusätzliche Pflegekräfte, Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen für alle Arbeitslosen im ALG-II-Bezug und Aufhebung der Anrechnung des Elterngeldes auf das Arbeitslosengeld II, Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes
6,3 Mrd. €	Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung
3,425 Mrd. €	Ausweitung und Erhöhung des Kinderzuschlages
1,7 Mrd. €	Aufstockung der Gelder für aktive Arbeitsmarktpolitik
1 Mrd. €	Erhöhung der Verwaltungsmittel der Jobcenter
148 Mio. €	Erhöhung der Mittel für den Unterhaltsvorschuss auf das Niveau von 2018

Maßnahmen zur Bekämpfung von Fluchtursachen

1,8 Mrd. €	für humanitäre Hilfsmaßnahmen, für Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung, für Demokratisierung und Menschenrechte, für die Vereinten Nationen, für Welternährung, für Krankheitsbekämpfung, für Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit
492 Mio. €	für finanzielle Entwicklungszusammenarbeit
300 Mio. €	für Krisenbewältigung
100 Mio. €	für technische Entwicklungszusammenarbeit

Rentengerechtigkeit herstellen

15,25 Mrd. €	zur Umsetzung des Prinzips gleiche Rente für gleiche Lebensleistung – erste Schritte zu einer Angleichung der Ostrenten an das

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Westniveau, Entfristung der Rente nach Mindestentgeltpunkten entsprechend § 262 SGB VI, Finanzierung der sogenannten „Mütterrente“ als gesamtgesellschaftliche Ausgabe aus Steuermitteln

Rechte für Menschen mit Behinderungen

1 Mrd. € für die Realisierung Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, unter anderem für Maßnahmen zur Schaffung umfassender Barrierefreiheit

Maßnahmen der aktiven Friedenspolitik

2,5 Mrd. € für die Schaffung eines Konversionsfonds zur Unterstützung für die betroffenen Kommunen bei der Entwicklung von zivilen Nachnutzungskonzepten der Bundeswehrstandorte und Unternehmen bzw. Sparten der Rüstungsindustrie

Einnahmen des Bundes stärken

53 Mrd. € durch stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, Sonderabgabe auf Boni in der Finanzbranche, Einführung einer Millionärsteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Besteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 %, Kapitalerträge wieder zum persönlichen Steuersatz versteuern, Abschöpfung der leistungslos erzielten Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen aus dem Emissionshandel, Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken

14 Mrd. € Geldbußen für Autokonzerne wegen illegaler Abschalteinrichtungen bei Pkws im Zusammenhang mit dem sogenannten „Dieselskandal“

9,1 Mrd. € durch den Abbau von Fehlsubventionen unter anderem bei der steuerlichen Begünstigung von Dieselkraftstoff gegenüber Benzin und der Bevorzugung der energieintensiven Industrie; die Kernbrennstoffsteuer soll auch weiterhin erhoben werden

6 Mrd. € durch die Beendigung sämtlicher Auslandseinsätze sowie den Verzicht auf militärische Offensivmittel, insbesondere auf die Resttranchen des Kampfflugzeugs Eurofighter, auf das Transportflugzeug A400M, auf den Schützenpanzer Puma sowie durch weitere Einsparungen im investiven Bereich des Einzelplans 14

570 Mio. € durch Verzicht auf das „Baukindergeld“.

Berlin, den 6. November 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.